

Vom American Empire zu einer multipolaren Weltordnung

von | Frank Deppe



Hollande beim Charles De Gaulle Flugzeugträger, 4.12.2015 (Foto: dpa)

In ihren Neujahrsansprachen beklagten die Häupter der Staaten und Kirchen die zunehmenden Krisen und Kriege, die unsere Sicherheit bedrohen. Zuletzt hatte im November 2015 die terroristische Attacke in Paris mit 130 Toten nicht nur Entsetzen und die Angst vor der Bedrohung im Alltag ausgelöst. Daraufhin erklärte der französische Staatspräsident selbst den Krieg – wie einst George W. Bush nach den Anschlägen des »Nine Eleven« im Jahr 2001 gegen »den Terrorismus«. Im eigenen Lande verkündete er den »Ausnahmestatus«, der der Exekutive weitreichende Befugnis für die Außerkraftsetzung von Grundrechten zugesteht. Wieder einmal wurde an den berühmten Satz von Carl Schmitt aus dem Jahr 1922 erinnert: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand verfügt!« Schmitt hatte diese Maxime autoritärer Krisenregulierung inmitten einer Zeit formuliert, die durch die Krisen der Weimarer Republik und die »Gefahr« der proletarischen Revolution gekennzeichnet war.¹ Erst der »Ausnahmestaat« des Faschismus hatte in Deutschland nach 1933 diese normative »Rettung« des Nationalstaates höchst brutal ins Werk gesetzt.

In den Kriegen und Krisen der Gegenwart ist offenkundig, dass die vielfältigen – oftmals lokal und regional spezifischen – Explosionen von Gewalt in die globalen Prozesse der Auseinandersetzung um eine »neue Weltordnung« einbezogen sind. Die Zahl der Artikel und Bücher, die sich mit der Erosion überkommener und der Herausbildung neuer Machtkonstellationen

im internationalen System befassen, hat deutlich zugenommen. Nicht nur als Reaktion auf die Flüchtlingskrisen drängt sich dem Alltagsbewusstsein die Erkenntnis auf, dass unsere Welt »aus den Fugen geraten« sei.

Vom Kalten Krieg zur Universalisierung des Westens

Der ältere George Bush proklamierte schon 1991 – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – eine »neue Weltordnung«: das Ende des Gegensatzes zweier politischer, gesellschaftlicher und ideologischer Großmächte, die die Welt nach 1945 geprägt hatten. Dieses bipolare System, in das sich die subalternen Staaten mit Ausnahme von Jugoslawien in Europa und die Volksrepublik China in Ostasien einzuordnen hatten, standen sich atomar hochgerüstet (in der NATO und im Warschauer Pakt) gegenüber, mit der Fähigkeit, die Menschheit im Falle eines atomaren Krieges mehrfach zu vernichten.

Das Drohpotenzial des Kalten Krieges wirkte abschreckend und sorgte damit für eine relative Stabilität. Das schloss Konflikte an den Grenzen der Systeme, die sich bis an die Schwelle zum »heißen Krieg« hochschaukeln konnten, keineswegs aus. Während der Berlin-Krise des Jahres 1961 kulminierten die ideologischen Schlachten zwischen Ost und West. Der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy dachte allerdings keine

Sekunde daran, den Konflikt an der Berliner Mauer eskalieren zu lassen. An der Peripherie – in der sogenannten Dritten Welt – tobten Stellvertreterkriege in der Folge der antikolonialen Befreiungsbewegungen (u.a. Indonesien, Malaysia, Korea, Algerien, Vietnam, Angola, Mozambique), die ungeheure Opfer forderten. Dennoch verhinderte der Ordnungsrahmen des Kalten Krieges – z.B. in der Konfliktregion des Nahen Ostens mit der strategischen Bedeutung des Erdöls und dem Konflikt zwischen den arabischen Staaten und Israel – einen Weltbrand. Mehr noch: So sehr internationale Organisationen wie die UNO, die noch im Geiste der globalen antifaschistischen, demokratischen Neuordnung nach 1945 gegründet worden war, durch die Interessen der Supermächte auch beeinträchtigt waren, trugen sie doch immer wieder dazu bei, dass über Verhandlungen Konflikte entschärft oder sogar in den 1970er Jahren (»Helsinki«) Ansätze für Abrüstung, Begrenzung der Waffensysteme, Anerkennung von Grenzen usw. durchgesetzt werden konnten.

Als sich diese Ordnung mit dem Ende der Sowjetunion auflöste, entbrannte in den USA unverzüglich eine Debatte über die »neue Weltordnung«. *Francis Fukuyamas* These vom »Ende der Geschichte« feierte den Sieg von Kapitalismus (Marktwirtschaft) und repräsentativer Demokratie über alle Herausforderungen des »Totalitarismus« (Faschismus/Kommunismus). Realisten wie *Charles Krauthammer* konstatierten den Übergang von der Bi- zur Unipolarität – mit den USA als einzig verbliebener Führungsmacht, der die Aufgabe zufalle, die Regeln einer Weltordnung vorzugeben, die den Sicherheits- und ökonomischen Interessen des »Westens« entsprechen. Vor allem die Konservativen priesen nunmehr den »guten Imperialismus«, den die USA als »Weltgondarm« weltweit praktizierten. *Samuel Huntington* wies auf den sich verschärfenden »Kampf der Kulturen« hin, auf den sich »der Westen« – unter der Führung der USA – in der Auseinandersetzung mit der islamischen Welt vorzubereiten habe. Schließlich verband der altgediente Strategie des Kalten Krieges, *Zbigniew Brzezinski*, die geostrategischen Imperative amerikanischer Politik auf dem »großen Schachbrett« der Weltpolitik mit den Entwicklungen auf der »eurasischen Landmasse« – in Europa die Folgen der Auflösung der Sowjetunion und Jugoslawiens, im Osten der wirtschaftliche und politische Aufstieg der »Tigerstaaten«, insbesondere der Volksrepublik China.

Hierarchie der Staatenwelt

Der Diskurs über »Weltordnung« bezieht sich stets auf die Machtverteilung zwischen den Staaten im internationalen System. Es gibt eine Hierarchie in der Staatenwelt: Großmächte, oftmals als Zentren weltumspannender Imperien, bestimmen die Regeln, nach denen sich weniger mächtige Staaten zu richten haben. Stabilität und Ordnung hängen dabei nicht nur von der Abwehr äußerer Gefahren ab, sondern vor allem auch von der Aneignung von Ressourcen und Rohstoffen, der Erschließung von externen Anlagensphären und Märkten sowie von der Ausbeutung billiger Arbeitskraft bzw. Sklavenarbeit. Imperien sorgen für Ordnung in den unterworfenen Territorien und sind daran interessiert, Instabilitäten an den Grenzen ihres Imperiums zu vermeiden bzw. zu kontrollieren.

Aus der ungleichen Entwicklung innerhalb des Staatensystems ergeben sich immer wieder Konflikte. Im großen Zyklus des Aufstiegs und des Niedergangs der Großmächte innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Welt nach 1500 werden die Hegemonialmächte durch aufsteigende oder konkurrierende Staaten herausgefordert und schließlich abgelöst. Innerhalb des kapitalistischen Weltsystems verschieben sich so die Zentren – zuletzt (im Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert) vom British Empire auf das American Empire. Dazwischen liegen immer wieder – wie z.B. zwischen 1914 und 1945 – Phasen des Chaos, der Anarchie und von kriegerischen Auseinandersetzungen.²

Die Beziehungen zwischen Zentren und Peripherie werden durch antikoloniale und antiimperialistische Bewegungen – vor allem in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts – herausgefordert, die sich aus Abhängigkeit und Unterentwicklung befreien wollen. Allerdings hatte der Systemgegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus nach 1945 im Westen nicht nur die Bereitschaft zur Unterordnung unter die amerikanische Führung, sondern auch die Bereitschaft zu einer engeren Kooperation zwischen den imperialistischen Staaten (z.B. in Westeuropa) gefördert.

Die Schule der »Realisten« unter den Analytikern der internationalen Politik gehört meist zu den Beratern der Regierungen der Großmächte, die strategische Empfehlungen für Sicherung bzw. für die Verbesserung der Machtposition ihres Landes ausarbeiten. Für sie sind Konkurrenz, Hegemonie und Hierarchie im internationalen System gleichsam natürliche Gegebenheiten. Die geographische Lage wird von den Geopolitikern als »Schicksal« betrachtet, das zu imperialer Politik und Aufrüstung zwingt.³ Sie interessieren sich für die Machtressourcen der Großmächte sowie für die Abwehr von »Herausforderern« (»contender states«). Marxistische Imperialismus-Analysen hingegen leiten die Tendenz zu Machtkonflikten und Kriegen aus der grenzüberschreitenden Expansionslogik der Kapitalakkumulation, aus den Konkurrenzverhältnissen zwischen den führenden imperialistischen Mächten sowie zwischen den aufsteigenden und den absteigenden imperialistischen Staaten ab.⁴

American Empire

Worauf beruhen nun die Macht und die daraus abgeleiteten Ordnungsfunktionen im internationalen System, die von den Ideologen des Imperialismus als wichtige zivilisatorische Lei-

Frank Deppe ist em. Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Von ihm erscheint Anfang Februar bei VSA: der zusammen mit Sebastian Chwala, Rainer Rilling und Jan Schalauske herausgegebene Band »Die gekaufte Stadt? Der Fall Marburg: Auf dem Weg zur ›Pohl-City‹?« Seinem Artikel liegt ein Vortrag zugrunde, den er am 20. November 2015 zur Eröffnung einer friedenspolitischen Tagung in Marburg gehalten hat.

¹ Vgl. Frank Deppe: Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Band 2: Politisches Denken zwischen den Weltkriegen, Kapitel 2: »Konservative Gegenrevolution« und Faschismus: Carl Schmitt. Hamburg 2003, S. 157ff.

² Vgl. u.a. Robert W. Cox: Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History, New York 1987, S. 151ff.; Giovanni Arrighi/Beverly Silver (Eds.): Chaos and Governance in the Modern World System, Minneapolis/London 1999.

³ Herfried Münkler: Macht in der Mitte: die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg 2015.

⁴ Vgl. Frank Deppe: Imperialer Realismus. Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in »neuer Verantwortung«. Hamburg 2014.

stung gewürdigt werden? Ich beziehe mich hier auf das American Empire:

- militärische Überlegenheit, was allerdings nicht bedeutet, dass jede militärische Intervention auch erfolgreich verläuft;
- ökonomische Macht (BSP, Pro-Kopf-Einkommen, Leistungsbilanz); Macht, die Regeln für den internationalen Handel, den Kapitalverkehr und die Währungsbeziehungen des »Dollar-Wall-Street-Regime« (Peter Gowan) festzulegen;
- ein ausstrahlungsfähiges Modell des »guten Lebens« (American Way of Life; Freedom and Democracy, kombiniert mit der Attraktivität des Konsumkapitalismus, der Popkulturen sowie der grenzenlosen digitalen Kommunikation); Hegemonie, die auf der Anerkennung durch die Beherrschten beruht, wird durch solche Elemente der »soft power« ideologisch unterfüttert;
- Schaffung und Beherrschung von internationalen Organisationen (IWF, Weltbank, OECD, NATO, G7/9), die die Funktionen des Empire sowie die Führungsfunktion der USA gewährleisten sollen und gleichzeitig die Bündnisbeziehungen im Empire (»westliche Welt«) organisieren.

In den beiden Jahrzehnten nach 1991 konnte sich die These von der Unipolarität, die auf einen Machtzuwachs des American Empire zielte, zunächst auf die folgenden Entwicklungstendenzen stützen:

1. Die Militärausgaben der USA übersteigen deutlich die ihrer Bündnispartner sowie der »Herausforderer« (China, Russland). Am 13. Januar 2016 sagte Präsident Obama in seiner »State-of-the-Union«-Rede: »Die USA sind die stärkste Nation der Welt. Punkt! ... Unsere Militärmacht ist stärker als die der nächsten acht Nationen zusammen« (Die Welt Kompakt, 14.1.16, S. 9).

2. Nach der Auflösung des sozialistischen Staatensystems und der Hinwendung der Volksrepublik China zum Weltmarkt war die Welt offen für Kapital- und Warenexporte, Direktinvestitionen usw. Die Macht der Transnationalen Konzerne (TNKs) und ihrer Netzwerke wurde erheblich gestärkt; US-TNKs spielen dabei eine führende Rolle (vor allem in den Sektoren der informationellen »Revolution«).

3. Die Liberalisierung der Weltfinanzmärkte seit den 1970er Jahren hatte die führende Rolle des US-Dollar, der Zinspolitik der FED sowie der Wall Street als dem führenden Finanzplatz der Welt verstärkt. Die USA kompensierten die negative Außenhandelsbilanz (vor allem gegenüber China) mit Kapitalimporten aus der ganzen Welt, die über den US-Finanz- und Immobilienmarkt höhere Renditen erwarten konnten. Die Staatsverschuldung wurde von »außen« finanziert – z.B. durch die chinesische Zentralbank, die Dollarguthaben aus den Exportüberschüssen in US-amerikanischen Staatsanleihen anlegten.

4. Die USA setzten (beginnend mit NAFTA in den 1980er Jahren) eine ganze Reihe von bi- bzw. multilateralen Freihandelsabkommen durch (die zuständige EU-Kommissarin Malmström erwartet einen Abschluss über TTIP gegen Ende dieses Jahres), mit denen die Interessen von US-Konzernen und Finanzmarktakteuren geschützt, nationale Souveränität, Elemente von Sozialstaatlichkeit und Regulation abgebaut wurden.

5. Die USA haben ihre Position bei den globalen Informationssystemen sowohl bei militärischen Anwendungen als auch

im Bereich der privaten Medien ausgebaut; Silicon Valley gilt im Zeitalter der digitalen »Revolution« als Maßstab.

Erosion im System des Unilateralismus

Um ihre Position zu halten und zu stärken, müssen die USA bereit sein, die Rolle des Weltgendarmen – zusammen mit ihren Verbündeten – einzunehmen. Nach dem 11. September 2001 verkündete der junge George W. Bush als US-Präsident den zeitlich und territorial unbegrenzten »Krieg gegen den Terrorismus«. Es folgten die Kriege in Afghanistan, im Irak, in Libyen und Syrien. Daneben haben im Nahen Osten »Unterkriege« zugenommen: gegen den »Islamischen Staat«, die Bombardierungen durch Saudi-Arabien im Jemen, der Krieg Erdogans gegen die Kurden in der Türkei, die Intervention Frankreichs in Mali, die jetzt auch durch deutsche Truppen unterstützt wird.

In den neueren Konflikten halten sich die USA militärisch – z.B. in der Frage des Einsatzes von Bodentruppen – eher zurück. Das mag darauf zurückzuführen sein, dass die USA unter Obama den Schwerpunkt ihrer strategischen Interessen in den pazifischen Raum (zum Containment der VR China) verlagert haben. Andererseits sind sie durch die Niederlagen in Afghanistan und im Irak geschwächt. In den USA herrscht eine Anti-Kriegsstimmung vor. Die Widersprüche des Unilateralismus drücken sich u.a. darin aus, dass der Einsatz von Gewalt nicht zur Befriedigung, sondern zur Ausweitung von Chaos, Elend und erweitertem Terrorismus – zum Teil gefördert durch die engsten Verbündeten der USA in der Region wie Saudi-Arabien – geführt hat.

Allgemeiner formuliert: Die Widersprüche des Globalisierungsprozesses, der nach 1991 grenzenlos wurde, schlagen nunmehr – nicht nur über die Zunahme von »gescheiterten Staaten«, Bürgerkriegen und den durch diese ausgelösten Flüchtlingsbewegungen – immer deutlicher auf die Metropolen des »Westens« zurück (»reflexive Globalisierung«). Diese eignen sich nicht alleine die Profite der Globalisierung an, sondern müssen immer mehr für die Kosten der Globalisierung aufkommen: nicht nur die steigenden Militär- und Kriegskosten, sondern auch im Innern die sozialen Kosten von Armut und Migration. Gerade die neuere Entwicklung in Deutschland lässt deutlich erkennen, wie die erweiterte Bereitschaft zu militärischer Intervention im Ausland mit steigenden Kosten für soziale Krisen im Inland oder in der EU eingehen. Allerdings sorgt der kapitalistische Staat dafür, dass diese Kosten nicht den Profiteuren der Globalisierung, sondern dem »Volk«, d.h. den Steuerzahlern, aufgebürdet werden.

Nach den Anschlägen von Paris wurde dieser Zusammenhang in den Leitmedien mit bemerkenswerter Deutlichkeit anerkannt. Stefan Kornelius – dem gewiss »Antiamerikanismus« fremd ist – schrieb in der *Süddeutschen Zeitung* vom 14.11.2015: »Am Anfang der Gewalt stehen der Zivilisationszerfall im Nahen Osten und die Auflösung aller Ordnung. Der Westen, vor allem die USA, hat dazu beigetragen. Er hat morsche Systeme wie in Libyen zerstört, ohne Neues aufzubauen; er hat im Irak ohne Not dem Urkonflikt zwischen Schiiten und den Sunniten Nahrung gegeben und dem Staatszerfall wenig entgegengesetzt«.⁵ Auf der gleichen Seite erfahren wir über die Rolle Frankreichs



Grafik: freepik.com

bei der Sicherung der Vormacht des »Westens«: »Die Frage, warum es schon wieder Frankreich trifft, ist schnell beantwortet. Das Land, das die Menschenrechte auf dem Schild führt, aber auch robust eigene Interessen wahrnimmt, intervenierte zuletzt in etlichen islamischen Ländern, in Libyen, Mali, im Irak und in Syrien. Es ist für die Islamisten die verhasste Kolonialmacht, die sich 1916 ... Teile des Osmanischen Reiches unterwarf... Außerdem leben im heutigen Frankreich Millionen Muslime, von denen sich viele sozial ausgegrenzt fühlen.« Und wenig später wird ebenfalls in der *Süddeutschen Zeitung* der Zusammenhang zwischen Flüchtlingen und Terrorismus hergestellt. »Tatsächlich gibt es eine enge Verbindung zwischen beiden Themen... die Mörder von Paris sind, nach allem, was man heute weiß, Beispiele für auf katastrophale Weise misslungene Integration von Migranten. Oder von deren Kindern und Enkeln. Einwandererviertel wie St. Denis, Molenbeek in Belgien oder die in den 70er Jahren hochgezogenen Hochhaus-Siedlungen um Paris sind heute soziale Brennpunkte und Schutzzonen für Terroristen.« (20.11.2015)

Dieser journalistische Realismus, der das Scheitern des von den USA geführten Krieges gegen den Terrorismus konstatiert und zugleich den Zusammenhang zwischen dem »Elend in der Welt« und der Polarisierung von Reichtum und Armut in den Kapitalmetropolen selbst benennt, verschweigt in der Regel die Zahl der Opfer des Krieges gegen den Terrorismus. Die Verbrechen des IS werden kaum ins Verhältnis zu den Verbrechen gesetzt, die im Zusammenhang dieses Krieges (Guantanamo, Abu Graib, Folterzentren in der ganzen Welt) schon begangen wurden und die sich im Drohnenkrieg, der schon über 3.000 Menschen getötet hat, fortsetzen. Der neue Machiavellismus, der die Zusammenarbeit mit verbrecherischen Regimen aus der Not rechtfertigt, zerstört immer mehr den Anspruch des »Westens«, dass er gegen die Terroristen die Menschenrechte und die Werte der Humanität vertrete.⁶

Der Anspruch der konservativen Hardliner, den George W. Bush umsetzte, ist gründlich gescheitert. Die Verluste der letzten Kriege und die Krise des Weltfinanzsystems nach 2008 ha-

ben die Macht der USA in der Welt weiter geschwächt. Die USA sind zwar unbestritten nach wie vor die »Number One«; sie haben sich unter Obama aber von der Rolle des »Weltgendarmen« (wie sie z.B. von Dick Cheney, dem Apologeten der o.a. Verbrechen, eingefordert wurde) etwas zurückgezogen und versucht, sich an neue Herausforderungen im pazifischen Raum anzupassen. *Brzezinski*, dessen strategische Überlegungen stets um die Frage kreisen, wie die USA ihre Position als No 1 in der Welt behaupten und optimieren können, konstatiert daher in seinem neuesten Buch (*Strategic Vision. America and the Crisis of the American Dream*, 2012) Erosionsprozesse im System des Unilateralismus. Nicht die militärische Behauptung der Unipolarität, sondern eine neue, kluge Politik als »Ausgleicher« (»Balancer«) und als »Beschwichtiger« (»conciliator«) soll die Führung der USA im 21. Jahrhundert absichern.

»Neue Weltordnung« 2.0?

Der Niedergang der Führungsfähigkeit der USA in einer »führungslosen Welt« (Jörg Lau, in: *Die Zeit* vom 7.1.16) vollzieht sich allerdings in einem globalen Umfeld, in dem sich im vergangenen Jahrzehnt neue Machtkonstellationen herausgebildet haben. Der Aufstieg neuer Mächte, die einen Anspruch auf eine »neue Weltordnung« (im eigenen Interesse) erheben, führt jedoch dazu, dass die niedergehende Macht, hier die USA, erhebliche Anstrengungen unternimmt, um die Bildung einer multipolaren Weltordnung zu verhindern. Die wichtigsten Trends:

1. Die Volksrepublik China ist wirtschaftlich und politisch zu einer Weltmacht aufgestiegen, die sich in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik nicht nur gegen den Druck von außen (»Containment«-Politik der USA im Bündnis mit ost- und südostasiatischen Anrainerstaaten Chinas) schützt, sondern auch selbstbewusst – innerhalb des Bündnisses der BRICS-Staaten, aber auch durch ihre bilateralen Beziehungen mit Staaten in Afrika und Lateinamerika – ihre Interessen verfolgt. Diese sind einerseits mit dem Funktionieren des kapitalistischen Weltmarktes verbunden; andererseits verfolgt China eine Politik, die den Einfluss der USA und des Westens deutlich zurückdrängen will. Dabei spielt die Anerkennung der Souveränität der Nationalstaaten eine zentrale Rolle. Diese sollen die Kontrolle über ihre wirtschaftliche Zukunft, ihr politisches System und ihre Außenpolitik behalten – so die Leitideen einer »ummauerten Welt« bzw. des »Gelbe-Fluss-Kapitalismus, die die chinesische Politik legitimieren.

Die Wirtschaft Chinas ist nach wie vor eng mit der der USA verflochten und sie ist – gerade in der Gegenwart – mit Wachstums- und Finanzkrisen konfrontiert. Dazu kommen die soziale Polarisierung, die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und deren politische Unterdrückung. Der Aufstieg Chinas ist also ebenso wie die Entwicklung der großen BRICS-Staaten (Indien, Brasilien, Südafrika) durch Wachstumszyklen und innere Widersprüche charakterisiert – im Rahmen einer langfristigen Entwicklungstendenz, die im Laufe des 21. Jahrhunderts die seit

⁵ Auch Bernd Ulrich, Chefredakteur und Leiter des Politikressorts der *Zeit*, argumentierte in diesem Sinne.

⁶ Vgl. Slavoy Žižek, *Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror*, Berlin 2015.

dem Jahr 1500 etablierte Weltherrschaft des »Westens« infrage stellen kann.⁷

2. Mit dem machtpolitischen Wiederaufstieg Russlands unter Putin ist die Politik der USA gescheitert, nach dem Ende der Sowjetunion das Land als Gegen- und Weltmacht endgültig auszuschalten. Das Heranrücken des Westens (der NATO und der EU) an seine Grenzen wird inzwischen durch selbstbewusste Reaktionen der politischen Führung des Landes beantwortet. Der Versuch, die Ukraine dem Westen »einzuverleiben«, ist vorerst gescheitert, hinterlässt Chaos und Elend. In Syrien und bei den Verhandlungen um den Iran spielt »Moskau« inzwischen eine bedeutende Rolle, die auch durch das immer enger werdende Bündnis mit China gestärkt wird.

3. Die Architekten der Europäischen Union haben diese – seit dem Maastrichter Vertrag (1992) und der Durchsetzung der Osterweiterung sowie der Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Jahr 2000 – als einen Global Player konzipiert. Dieser soll zwar im Bündnis mit den USA agieren, aber letztlich auch eigene ökonomische und schließlich auch sicherheitspolitische Interessen vertreten. Solange diese Strategie – auch gegenüber der britischen Blockadepolitik – als Erfolg galt, wurde sie aus den USA eher mit Misstrauen verfolgt. Die Einführung des Euro und der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde dort gelegentlich sogar als »Kriegserklärung« kritisiert. Inzwischen ist Deutschland zur Führungsmacht in der EU aufgestiegen; gleichzeitig wird diese durch permanente Krisen und innere Widersprüche, die sich seit der Großen Krise von 2008 zugespitzt haben, in Anspruch genommen und gelähmt. Die Disziplinierung Griechenlands im Jahr 2015 unter dem Regime der von Deutschland erzwungenen Austeritätspolitik hat die Tendenzen zur Desintegration eher verstärkt. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung breiten sich verschiedene Formen eines neuen Nationalismus und Rassismus aus, die in autoritär-nationalistischen Regimen (z.B. in Ungarn und Polen) sowie in erstarkenden rechtspopulistischen Parteien ihr Sprachrohr finden. Die auf den Weltmarkt orientierten Kapitalfraktionen halten dagegen nach wie vor an dem Ziel fest, die EU – im Bündnis mit den USA – als Global Player zu etablieren.⁸

4. Die linken Regierungen in Lateinamerika, die seit den 1990er Jahren die Macht übernahmen und mehrfach durch Wahlen bestätigt wurden, verfolgten eine Politik, die darauf ausgerichtet war, sich von der Vormacht der USA in der Region und der durch den IWF auferlegten Austeritätspolitik zu befreien, um die Armut zu bekämpfen und die nationalen Rohstoffressourcen für die Entwicklung des Landes zu nutzen. Obwohl die Regierungen sehr unterschiedliche Ziele verfolgten (von relativ moderaten Sozialreformen bis zum Programm eines »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«), konnten sie sich zunächst erfolgreich auf neue Wirtschaftsbeziehungen mit den BRICS-Staaten – vor allem mit China – stützen. Mit dem Rückgang der Wachstumsraten seit 2008 gerieten linke Regierungen mehr und mehr in die Defensive. Mit der Wahl des neuen Präsidenten in Argentinien wurde schnell deutlich, dass die konservativen und liberalen Kräfte die Wiederannäherung an die USA und die Öffnung zu den globalen Finanzmärkten nach wie vor als ihr Hauptziel verfolgen.

Eine multipolare Welt

Die Tendenz zu Chaos und Anarchie im internationalen System wird also durch zwei eng miteinander verflochtene Prozesse verstärkt: Auf der einen Seite wehrt sich der »Westen« (die USA mit EU-Europa) gegen den Positionsverlust in der Verteilung von ökonomischer und politischer Macht im Weltmaßstab. Angesichts des Verlustes von Führungsfähigkeit sind vor allem die USA zunehmend bereit, Gewalt zur Durchsetzung ihrer Interessen anzuwenden. Auch die deutsche Politik ist – verbunden mit dem Anspruch, Führungsmacht in der EU zu sein – dazu übergegangen, sich verstärkt an militärischen Auslandseinsätzen zu beteiligen bzw. als Lieferant von Rüstungsgütern in die Krisenregionen einzugreifen.

Auf der anderen Seite resultieren die Konflikte, die sich zu Machtkämpfen und Bürgerkriegen steigern und die Zahl der sogenannten Failed States erhöhen, zunächst einmal aus den inneren sozialökonomischen und politischen Widersprüchen, die durch die ökonomische Lage, das Ausmaß der Verelendung, die Polarisierung von Armut und Reichtum, durch den Zustand des politischen Regimes (Diktatur, korrupte Oligarchenherrschaft usw.) bestimmt werden. Die je spezifische Einbindung dieser Staaten in die Globalisierung (aber auch in die globalen Zusammenhänge der Zerstörung der Umwelt und des Klimawandels) verstärkt solche Widersprüche. Diese weisen immer auch sehr spezifische nationale bzw. regionale Ursachen auf, die über die nationale Geschichte, die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, die Rolle von Religion und Kultur usw. erschlossen werden müssen.

Gleichwohl besteht die Explosivität solcher – zunächst begrenzter – Bewegungen, die zum Sturz eines verhassten Regimes führen, dann aber einen Bürgerkrieg einleiten, gerade darin, dass sie unmittelbar einbezogen sind in die Machtinteressen, die – nach dem Ende der alten Weltordnung der Bipolarität – im Zusammenhang der Bildung von neuen Machtkonstellationen und -blöcken in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik miteinander kollidieren. Die Großmächte greifen also sofort ein, wenn sie z.B. einen »Regimewechsel« unterstützen können, der im Ergebnis ihre Machtposition im System der neuen Blockbildung stärkt. Dazu kommt, dass bei regionalen Konflikten (z.B. im Nahen Osten) immer auch Regionalmächte eigene Interessen verfolgen. Sie sind mit Großmächten mehr oder weniger eng verbunden (wie die Türkei durch die NATO), aber sie greifen in Bürgerkriege (in Nachbarstaaten) direkt und indirekt ein, um dabei ihre regionale Machtposition (im Fall der Türkei gegenüber Iran und Syrien, ebenso im Fall Saudi-Arabiens gegenüber dem Iran und Syrien) zu stärken. Dabei spielen in der islamischen Welt dann auch religiöse Machtkämpfe eine zentrale Rolle. Mit ISIS ist eine terroristische Formation entstanden, die nicht mehr um die Macht in einzelnen arabischen bzw. islamischen Staaten kämpft, sondern die (imperialistischen) Grenzziehungen im Raum des ehemaligen Osmanischen Reiches (nach dem Ersten Weltkrieg) infrage stellt und gleichzeitig grenzüberschreitend um die Vorherrschaft einer besonders radikalen und sektiererischen Variante des Islam kämpft. Es ist diese komplexe Verwicklung, das Ineinandergreifen verschiedener Widersprüche und Entwicklungstendenzen, die sowohl das Chaos, die An-

archie als Merkmal des gegenwärtigen internationalen Systems erklären, als auch die Gefahren von Kriegen erhöhen, die schnell die regionale Schwelle überschreiten können.

Die Machtveränderungen im internationalen System deuten auf die Herausbildung einer *multipolaren Weltordnung* hin. Ob daraus Kriege oder eine neue Stabilität entstehen werden, bleibt vorerst eine offene Frage. Da die wirtschaftlichen und politischen Interessen der neuen Großmächte – auch China, das in den kapitalistischen Weltmarkt integriert ist – immer wieder kollidieren werden und die Konflikte an ihren Grenzen sich schnell aufladen können, sind die Gefahren großer Konflikte ebenso wenig gebannt wie die unzähligen lokalen und regionalen Konflikte, die sich in letzter Instanz gegen Elend und politische Unterdrückung wenden, aber zugleich religiös überdeterminiert werden.

Falls sich die Tendenz zur Herausbildung einer multipolaren Weltordnung behauptet, kommt es für die Friedensbewegungen, für die politische Linke in den Kapitalmetropolen des Westens zunächst einmal darauf an, gegenüber den eigenen Regierungen den Druck zu verstärken, damit diese ihre Außen- und Sicherheitspolitik nicht auf zunehmende Militärinterventionen, sondern auf eine Politik der präventiven Verhinderung von Konflikten, der Verständigung und Anerkennung sowie der Konfliktlösung durch Verhandlungen ausrichten. Die Tendenz zur Multipolarität könnte die Friedensbewegungen und die Linke im Inneren stützen; denn mit der Blockbildung wächst auch die rationale Erkenntnis, dass die Entspannung durch Ver-

handlungslösungen nicht nur die Sicherheit erhöht, sondern auch den ökonomischen Interessen z.B. der USA bzw. der EU (oder Deutschlands) dienlich sein kann. Ansatzpunkte in diese Richtung deuten sich derzeit in den Verhandlungen über die Beziehungen mit dem Iran oder über die Lösung der Syrienkrise an. Darüber hinaus ist für eine Perspektive der Friedenssicherung der Erfolg demokratischer Bewegungen in den Metropolen wie in den Konfliktregionen der Peripherie wichtig, denn nur auf diesem Wege kann religiöser Fanatismus, das regionale Vormachtstreben und der Herrschaftsanspruch militärisch-ökonomischer Oligarchien eingegrenzt und überwunden werden.

⁷ Der Schlussabsatz des neuen Buches von Ulrich Menzel (*Die Ordnung der Welt. Imperium oder Hegemonie in der Hierarchie der Staatenwelt*, Berlin 2015) lautet (S. 1138f.): »Erst seitdem China seit 1978 seine letzte Selbstisolation aufgegeben hat und vor allem seit der Großen Wende des Jahres 1990 hat die Pax Americana wirklich globale Reichweite, kann erstmals in der Weltgeschichte auch von einem globalen Weltssystem gesprochen werden. Ob darin die USA etwa ab 2035 von China und womöglich China eines Tages von Indien als Ordnungsmacht abgelöst wird, oder ob eine Rückkehr zur Anarchie der Staatenwelt das Resultat eines möglichen Hegemonialkonfliktes zwischen den USA und China ist, wird man sehen. Bis dahin bildet die Pax Americana die Ordnung der Welt.«

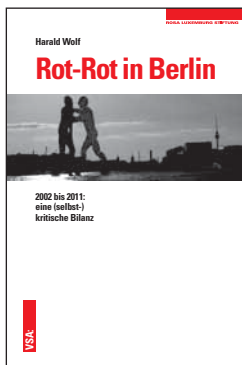
⁸ Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW): »Deutschland braucht ein starkes Europa, um in der Welt eine Stimme zu haben« (SZ, 21./22.11.15, S. 26). Paul Achtleitner, AR-Vorsitzender der Deutschen Bank ergänzt: »Die Deutsche Bank macht das, wofür sie gegründet wurde, also die Expansion der deutschen Industrie zu begleiten. Heute unterstützt die Bank die europäische Industrie in einer globalen Wirtschaft.« (Ebd.)

VSA: Neuerscheinungen

www.vsa-verlag.de



Sebastian Chwala/ Frank Deppe/Rainer Rilling/ Jan Schalauske (Hrsg.)
Die gekaufte Stadt?
Der Fall Marburg: Auf dem Weg zur »Pohl-City«?
272 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-89965-683-1
Welchen Einfluss nehmen Wirtschaftsunternehmen und milliardenschwere Sponser auf die Entwicklung einer Stadt?



Harald Wolf
Rot-Rot in Berlin
2002 bis 2011: eine (selbst-)kritische Bilanz
300 Seiten | € 19,80
ISBN 978-3-89965-671-8
Harald Wolf, von 2002 bis 2011 Senator und stellvertretender Regierungschef der rot-roten Koalition in Berlin, versucht eine (selbst)kritische Bilanz.



Ulrich Bochum/Jeff Butler/ Klaus Kohlmeyer/Stephanie Odenwald u.a.
Soziale Spaltungen in Berlin
Prekäre Beschäftigung, Hartz IV, Mietenexplosion, sozialräumliche Polarisierung, Kinder- und Altersarmut, Flüchtlingsnot und Menschenrechte | 140 Seiten | In Kooperation mit der Eberhard-Schulz-Stiftung | € 9,00
ISBN 978-3-89965-682-4



Theodor Bergmann
Im Jahrhundert der Katastrophen
Autobiografie eines kritischen Kommunisten
Aktualisierte und ergänzte 3. Auflage anlässlich des 100. Geburtstags des Autors
304 Seiten | € 22,80
ISBN 978-3-89965-688-6



Freerk Huiskens
Abgehauen
eingelagert aufgefischt durchsortiert abgewehrt eingebaut – Neue deutsche Flüchtlingspolitik
Eine Flugschrift
120 Seiten | € 9,80
ISBN 978-3-89965-692-3
Freerk Huiskens kritisiert die neue, global aufgestellte deutsche Flüchtlingspolitik.

Im Buchhandel oder direkt bei: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de